

Weiterentwicklung der Stadt Zwingenberg nur mit einem soliden finanziellen Konzept

Als Ideen-Geber des Ortsvereinsvorstands für die Fraktion im Stadtparlament lautet die zentrale Frage stets: "Wie soll sich Zwingenberg weiterentwickeln?" (so auch im Bergsträßer Anzeiger vom 23.09.2011: „Die SPD hat sich personell und inhaltlich neu aufgestellt“). Hierzu darf selbstverständlich auch nicht die desaströse finanzielle Situation der ältesten Stadt an der Bergstraße außer Acht gelassen werden. Man höre und staune, zu Zeiten, als die SPD die Geschicke der Stadt noch mitentscheiden durfte, wurde ein solides finanzielles Fundament zurückgelassen. Dies ist leider Schnee von gestern Denn die Zwingenberger CDU, vereint mit der FDP, hat es in ihrer politischen Verantwortung „geschafft“, ein Haushaltsdefizit von rund zwei Millionen Euro aufzutürmen (so auch Bericht im Bergsträßer Anzeiger vom 3. September 2011: „Koalition (von SPD und GUD) macht Druck: Etat soll 2012 kein Defizit mehr aufweisen“). So muss es doch verwundern, wenn nun von Seiten der Zwingenberger Christdemokraten öffentlich Kritik an den SPD-Äußerungen geübt wird. Der Satz, die CDU habe schon seit Jahren die Zukunft der Stadt im Blick, klingt daher zynisch oder kann nur auf fehlender Selbsteinschätzung geleisteter Arbeit beruhen. Denn gerade die finanzielle Seite der Stadt wurde von CDU/FDP rigoros unberücksichtigt gelassen, und das auch schon zu Zeiten eines Bürgermeisters, der meines Erachtens zu vorschnell zum „Ehrenbürgermeister“ hochstilisiert wurde. Denn lange nach dessen Amtsperiode tauchten doch gleichwohl auch „Leichen aus dem Keller des Rathauses“ hervor. Wie sonst erklärt sich die missliche Lage von Schulden in Höhe von rund zwei Millionen Euro, und das auch in zurückliegenden Jahren üppig sprudelnder Steuerquellen und einer – wohlgemerkt - nur unterdurchschnittlichen Belastung durch Hartz IV-Kosten? Wenn nun die neue Koalition aus SPD und GUD zurückrudert, ist dies ökonomisch sinnvoll und – mit der Kanzlerin zu reden – alternativlos. Je früher das Haushaltsdefizit abgetragen ist umso besser. Nur so erhalten wir uns langfristig die eigene Handlungsfähigkeit der Stadt, ansonsten droht das Damoklesschwert der Aufsichtsbehörde, die dann einen vom Stadtparlament verabschiedeten Haushalt nur unter strengen Auflagen – à la Griechenland – genehmigen würde. Wer allein – wie CDU/FDP - annimmt, dass die Unternehmen trotz abflauerender Konjunktur zukünftig mehr Steuern zahlen, womit das Defizit abgebaut werden könnte, muss ein hoffnungsloser Optimist sein. Wenn nun die CDU behauptet, erste Priorität für sie sei das Haushaltskonsolidierungskonzept, klingt dies wie eine Verhöhnung der eigenen Politik. Hier ruft der Brandstifter die Feuerwehr. Die Vermengung mit der Frage eines eigenen Brunnens oder des von ihr favorisierten Vollanschlusses an den Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost ist nichts anders als eine neuerliche Nebelkerze. Bei einem Vollanschluss hat es allein die Riedgruppe in der Hand, wie hoch zukünftig die Wassergebühr ausfallen wird, wobei ernstzunehmende Prognosen auf einen höheren Wasserpreis – im Zuge des Kampfs ums knappe Gut – hinauslaufen. Sicherlich bedeutet ein eigener Brunnen zunächst einmal einen finanziellen Aufwand. Dieser stellt jedoch keine „Unkosten“ dar, die den städtischen Haushalt auf Dauer belasten werden, sondern sind Kosten, die für die Stadt eine Investition in die Zukunft darstellen. So denkt im Übrigen jeder auf Gewinnerzielung eingestellter Unternehmer. Denn auch dieser greift doch lieber – so weit wie möglich - auf eigenes know how zurück, als dieses teuer von dritter Seite einzukaufen. Nun, wenn man derartige Belehrungen im kleinen kaufmännischen Rechnen an eine Partei richten muss, können die von ihr aufgetürmten Schulden nicht sonderlich überraschen.

Dietmar Michalek-Riehl

Stv. Vorsitzender des SPD Ortsvereins Zwingenberg